

DIE LINKE im Irrgarten

Thomas Falkner

Als das auf den ersten Blick auffälligste Resultat der 16-jährigen Ära Merkel mag für längere Zeit bestehen bleiben, dass das traditionelle deutsche Parteiensystem aus den Fugen geraten ist. Innovationen im System hatte es immer mal wieder gegeben, nachdem sich das Drei-Parteien-Modell am Ende der Adenauer-Zeit konsolidiert hatte: zuerst die Grünen, dann nach der Vereinigung Deutschlands die PDS, aus der später DIE LINKE wurde, und schließlich, schon unter Merkel, die AfD. Doch nicht das ist gemeint. Es geht um Kräfteverhältnisse im Wandel, um das (möglicherweise nur vorläufige) Ende der großen Volksparteien, um das Aufkommen starker Konkurrenz durch mittelgroße Parteien. Die damit verbundenen tiefgreifend veränderten gesellschaftlichen Fragestellungen, die sozialen und soziokulturellen Umschichtungen, die die Gesellschaft strukturierenden Spannungsverhältnisse zwischen Aufbruch im bzw. zum Wandel einerseits und Verweigerung von Wandel andererseits, zwischen Weltoffenheit und Rückzug, die faktisch begonnene breite Neudefinition von Liberalismus und Fortschritt nach der neoliberalen Dominanz – all das ist nicht jählings im Herbst 2021 aufgebrochen und hat die Parteienlandschaft aufgesprengt, sondern war durch Merckels situativ bestimmten Regierungsstil ultrapragmatisch weitgehend unter Kontrolle gehalten und durch ihre Strategie der »asymmetrischen Demobilisierung« lange Zeit überlagert worden.

1. Progressive Politik in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Dynamik

Die neue Koalition will sich diesen Entwicklungen als ein »Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit« stellen und »mehr Fortschritt wagen«. »Tatsächlich weht der Zeitgeist in Deutschland inzwischen wieder

progressiv«, stellte Tobias Dürr schon vor über zehn Jahren fest. »In den jüngeren Gruppen unserer Gesellschaft wächst längst die Nachfrage nach einer modernen und dynamischen Interpretation sozialer Demokratie für das 21. Jahrhundert. Eine energische Politik der Aufstiegschancen für alle besäße heute beträchtliche Attraktivität; die Idee des vorsorgenden Investierens in Menschen und ihre Fähigkeiten genießt völlig zu Recht wachsende Zustimmung.« (Dürr 2008)

Nun also in der Tat Deutschland progressiv umzugestalten – sozial-liberal und sozial-ökologisch zugleich –, wird die in der Merkel-Ära großteils noch unter der Decke gehaltenen Konflikte der Interessen, Bestrebungen und Einstellungen nicht weiter dämpfen, sondern ihnen Ausdruck verleihen und auf Konflikte zuspitzen. Der Wandel der Parteien und gesellschaftlichen Parteilagen ist nicht an sein Ende, sondern nur an das Ende seiner Vorphase gekommen. Kräfteverhältnisse, Inhalte, Akteure werden künftig offen und dynamisch immer aufs Neue definiert, herausgefordert und wieder in Frage gestellt werden. Was daraus folgt, wie und wann sich die politischen Verhältnisse möglicherweise wieder konsolidieren, vermag im Moment wohl niemand abzusehen. Gleichwohl ist an den ersten großen Herausforderungen der 20. Legislaturperiode – der nicht enden wollenden Corona-Pandemie und vor allem dem russischen Krieg gegen die Ukraine – ablesbar, wie tief der Wandel in Politik und politisches System eingreift, wie weit die politischen Akteure davon erfasst werden und auch, wo sie hinter den Herausforderungen zurückbleiben.

2. Verstoppter Start für eine geschwächte LINKE

Bemerkenswerterweise ist zum Finale der Ära Merkel und zum Auftakt des progressiven Bündnisses nur eine Partei zur Kleinpartei, noch dazu in prekärer Lage, herabgestuft worden: DIE LINKE. Von vornherein hatte die Wählerschaft in Umfragen gezeigt, dass sie den Rückzug Angela Merkels für angemessen hält, beim Wählen selbst dann den progressiven Neustart in die Wege geleitet – und zugleich dafür gesorgt, dass er ohne die radikale Linke erfolgen wird: für R2G, ein Bündnis aus SPD, Grünen und der LINKEN, das immer wieder durch die politische Landschaft geisterte, aber nie wirklich ernsthaft betrieben wurde, gab es 2021 keine Mehrheit. Und DIE LINKE selbst, die zeitweise von zweistelligen Ergebnissen träumen konnte, wurde

mit ihren nicht einmal fünf Prozent der Stimmen nur durch drei Direktmandate vorerst gerettet. Sie fand sich am prekären Rand der Parteienlandschaft wieder; die Bundestagsfraktion schrumpfte von 69 auf 39 Mitglieder.

Auch das war keine plötzliche Überraschung des Herbstes 2021, sondern hatte sich lange vorher angekündigt. Schon bei den Europa-Wahlen 2019 hatte DIE LINKE deutlich verloren – in allen sozialen Gruppen, in allen Generationen, in alle Richtungen. Es war nicht, wie immer wieder gern vertreten wird, die Konkurrenz als Protestpartei mit der AfD, die DIE LINKE geschwächt hat, es war einsetzender grundsätzlicher Auflösungs- und Zerfallsprozess einer demokratischen Partei. Die Wählerschaft lief nicht über zur AfD, sondern sie wandte sich still ab und suchte ein neues Unterkommen vor allem im demokratischen Spektrum.

Während vor allem die SPD unter Angela Merkel gelitten hat und von ihr in zunehmender Bedeutungslosigkeit eingehegt wurde, kann DIE LINKE nicht auf »böartige« externe Faktoren verweisen. Es sind im Wesentlichen ihre vielfältigen inneren Blockaden, ihr Unvermögen, sich gegen ideologische Borniertheit in den eigenen Reihen zur Wehr zu setzen und der an der falschen Konfliktlinie aufgemachte Dauerstreit mit Sahara Wagenknecht die Faktoren, die die Partei lähmen und dazu geführt haben, dass ihr Schicksal – gelinde gesagt – unklar ist.

Schon vor der Wahl war das in der Corona-Frage deutlich geworden. Während die Landtagsfraktionen in Sachen Schutzmaßnahmen und Ausgleichsleistungen eine weitgehend nüchterne, Gefahren antizipierende und an der Verantwortung für Leib und Leben, Hab und Gut orientierte Politik betrieben, konnten andere Teile der Partei von der habituellen Opposition gegen jedwede staatliche Entscheidung nicht lassen, relativierten den Ernst der Lage und irrlichterten so durch Politik und Öffentlichkeit – im offenen Gegensatz zur Mehrheit der Gesellschaft und auch zur Mehrheit unter der eigenen Anhängerschaft. Als mit der Bildung der »Ampel« die FDP in die Regierungskoalition einzog, wurde die Verkündung oder Verschiebung des »Freedom Day« zur zentralen Frage der Corona-Politik des Bundes. Die LINKE stand dabei im Abseits. In anderen Angelegenheiten hingegen hätte sie eine tonangebende Rolle spielen und ein so strategisch angelegtes Bündnis wie die Ampel herausfordern können: in der Frage nach den Lehren aus der Corona-Krise, nach der Resilienz von Wirtschaft und Gesellschaft angesichts exogener Schläge, wie sie durch künftige Pandemien, Klimakrise, Flüchtlingsbewegungen oder auch andere, im Detail nicht prognostizierba-

re Entwicklungen zu erwarten sind. Die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte Ende 2020 eine umfangreiche Studie zu solchen Fragen vorgelegt (Falkner/Kahrs 2020). In der neuen Parteiführung interessierte sich vor allem die Ko-Vorsitzende Hennig-Wellsow dafür. Ein Arbeitsprozess wurde eingeleitet, Papiere verfasst – ehe im Sommer 2021 alles, wie oft üblich in der LINKEN, versandete. Man hielt den richtigen Zeitpunkt nicht für gegeben, um neue Positionen in den Wahlkampf oder später in die Planungen der geschrumpften Bundestagsfraktion einzubringen. Eine Leerstelle bei der LINKEN, aber auch in der deutschen Politik insgesamt.

Vor weitaus dramatischere Herausforderungen noch wurde die LINKE durch den Ukraine-Krieg gestellt. Ihr zentrales Narrativ von der russischen Kriegsgefahr als Schimäre westlicher Propaganda, vom durch westliche Expansion in die Enge getriebenen friedliebenden Putin, brach mit dem Vormarsch der russischen Truppen sofort zusammen. Die führenden Köpfe der Partei mussten öffentlich eingestehen, dass man einem Wunschbild aufgegessen war und sich geirrt hatte – sogar Sahra Wagenknecht kam nicht darum herum. Doch mit den Lehren daraus tat man sich wieder schwer. Während auf der ersten großen Friedensdemonstration in Berlin die Unterstützung der Ukraine auch mit Waffenlieferungen und die am selben Morgen verkündete sicherheitspolitische Neuorientierung der Bundesregierung nahezu einhelligen Beifall fanden, stand die LINKE mit ihrer Ablehnung des neuen Kurses der Scholz-Regierung allein da. Wiederum nahezu reflexhaft hatte man das Gesamtpaket wegen der 100 Milliarden für die Bundeswehr abgelehnt und floskelhaft nach Diplomatie gerufen. Diplomatie aber ist mehr als beschwichtigendes Reden. Sie zielt auf verlässliche Regeln – die gerade gebrochen wurden – und auf eine stabile Ordnung in Europa und der Welt, die nach diesem Jahrhundertereignis aufs Neue bestimmt werden muss. Sie hat mit Interessen, Interessenausgleich und vor allem mit der Verständigung auf gemeinsame Interessen zu tun – wo man momentan vor einem Scherbenhaufen steht. Und sie beruht auf tatsächlichen und anerkannten Kräfteverhältnissen, die in diesem Krieg und danach neu verstanden werden müssen. Auch und gerade militärisch. Dies alles spielt in den Äußerungen der LINKEN kaum eine Rolle.

Die im linken Spektrum bemerkenswerteste Stellungnahme hingegen hat der frühere Parteivorsitzende der LINKEN, Oskar Lafontaine, in seiner Abschiedsrede im saarländischen Landtag vorgetragen – bis hin zur Befürwortung einer französisch-deutschen Verteidigungsinitiative (Lafontaine

2022). Da sprach ein erfahrener Politiker mit Verantwortungsgefühl – ungeachtet der nicht wenigen Fehler seiner politischen Laufbahn und seines zu oft so destruktiven politischen Temperaments. Aber er sprach eben auch als eine in zwei Parteien gescheiterte Figur, dem zuletzt sogar sein heimischer Landesverband der LINKEN komplett aus dem Ruder gelaufen war und der schließlich auch aus dieser Partei fliehen sollte – um einem Ausschluss zuvorkommen.

Die Instabilität eines Landesverbandes ist übrigens keine Besonderheit im Saarland oder im Westen. Selbst in Sachsen-Anhalt, einem lange Zeit starken, realpolitisch orientierten Landesverband der PDS und später der LINKEN, gab im März 2022 der Vorsitzende Stefan Gebhardt nach einem nicht belastbaren Wiederwahlergebnis von gerade einmal knapp über 50 Prozent sein Amt auf. Vorausgegangen war eine schwere Niederlage bei der Landtagswahl im Jahr zuvor, wo die Partei mit einem harten »ostdeutschen Wahlkampf« alten Stils, aber ohne neuen Inhalt oder neuen Ansatz, gescheitert war.

3. Ein gesellschaftlicher Platz für eine radikale Linke?

Dieser Weg an den Abgrund war nicht zwingend – aber er kam auch nicht überraschend. Ihn säumten ehrliches Bemühen um Politikfähigkeit, aber auch viel Zaudern angesichts getroffener richtiger Entscheidungen und Angst vor notwendigen Klärungsprozessen und deren Auswirkungen auf den Bestand der Partei.

Den letzten großen Anlauf, DIE LINKE strategisch von der Peripherie der politischen Schauplätze in das Zentrum zu führen, hatten 2016 die damaligen Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger unternommen. Sie wollten gestaltende Politik von links und aus einem noch nicht bestehenden Mitte-Links-Lager heraus entwickeln, und dazu an einem »gesellschaftlichen Lager der Solidarität« arbeiten (Kipping/Riexinger 2016). Das gefiel innerparteilich der antikapitalistisch ausgerichteten Seite nicht, für die die »Systemfrage«, die Überwindung des »kapitalistischen Systems«, im Vordergrund steht. Die andere, die pragmatisch orientierte Seite, das »Regierungslager« bzw. der »Reformerflügel«, störte sich an der radikalen Sprache, die man so nicht gewöhnt war. Doch die Zeit war reif für ein neues gesellschaftliches Paradigma nach »Neoliberalismus« und »Casino-Kapita-

lismus« – die Situation verdiente deftige Worte. Bis zum bereits laufenden Diskurs über Inclusive Growth freilich stießen die beiden Vorsitzenden nicht vor. Hätten sie die Kraft zu diesem Schritt und zuvor hinreichend Kenntnis von diesem Diskurs gehabt, hätten sie vielleicht die Konturen eines tatsächlichen »gesellschaftlichen Lagers der Solidarität« erkennen und der Partei vermitteln können. Daran jedoch fehlte es.

Dennoch: Das Positionspapier der beiden Vorsitzenden war keine Absage an, sondern ein Plädoyer für gestaltende Politik. Es war keine Flucht in die Fundamentalopposition. Es baute kein Traumschloss für DIE LINKE in der Gesellschaft. Und es kanonisierte nicht die Erzfeindschaft gegenüber der SPD als identitätsbestimmendes Element der Partei DIE LINKE. Kipping und Riexinger wurden im Anschluss an die innerparteiliche Debatte zwar in ihren Ämtern bestätigt – wie jeder relevante politische Vorstoß aber war auch ihr Positionspapier innerhalb der Partei missverstanden, zum Teil auch missinterpretiert worden und am Ende politisch folgenlos geblieben. Nur einen kurzen Moment lang öffnete sich einen Spalt weit die Tür zu der innerparteilich notwendigen Debatte über radical left und pragmatische Politik. Das berührte und berührt den Identitätskern der Partei – in der Binnensicht wie im Bild der Außenwelt.

Schon die PDS hatte seit 1990 gern die These von der europäischen Normalität einer Partei links von der Sozialdemokratie bemüht. Doch was dies bedeuten sollte, blieb letztlich immer unklar – und wurde nur dort scharf, bisweilen schrill, wo das »links von der Sozialdemokratie« auf »nie und nimmer so wie die SPD« reduziert wurde. Was sich wiederum durchaus – angefangen bei Gregor Gysi – mit der Hybris vereinbarte, am besten zu wissen, was und wie Sozialdemokratie ist, ja sogar selbst die eigentliche, die »gute« Sozialdemokratie zu sein. Später kam der Kronzeuge Oskar Lafontaine hinzu und gab dieser die innerparteilichen Lagergrenzen überwölbenden Stimmung Kraft und Nahrung.

Doch macht man sich davon wie von all den Belastungen frei, denen Politik und Öffentlichkeit in Deutschland in den zurückliegenden Jahrzehnten angesichts der Folgen der DDR-Geschichte insgesamt und der SED-Vergangenheit der LINKEN sowie ihrer Entstehung auch als Spaltprodukt der SPD unterworfen waren, so ist parteien-systematisch klar: Es geht um den Platz der »radikalen Linken«, der *radical left* (was in diesem Sinne nicht identisch ist mit »Linksradikalismus« von »Putzkolonnen« oder gar der RAF). Der Partientheoretiker und Wahlkampfexperte der LINKEN, Harald Pätzolt, hatte

darauf bereits mehrfach deutlich hingewiesen (vgl. Pätzolt 2015). Und auch der spätere Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler und sein Berliner Koautor Tobias Schulze dachten in ihrem bemerkenswerten Aufsatz über »die neue Unübersichtlichkeit« vom März 2016 in eine ähnliche Richtung (Schindler und Schulze 2016).

Diesen Platz der radical left gibt es in den entwickelten westlichen Gesellschaften tatsächlich – aber er wird nicht selbstverständlich vergeben. Und schon gar nicht auf ewig.

Bis 1989/90 wurde er in Westeuropa weitgehend von Kommunistischen Parteien eingenommen – allerdings mit beträchtlichen Anpassungsleistungen, sofern sie erfolgreich und gesellschaftlich verankert waren: Stichwort »Euro-Kommunismus«. Doch so sehr sich die Euro-Kommunisten der Idee von Demokratie und Pluralismus geöffnet hatten und im politischen Alltag handlungsfähig geworden waren – über die Zeitenwende hinaus waren ihre Parteien letztlich nicht lebensfähig. Das zeigen ihr Niedergang in Frankreich und Spanien; noch deutlicher der Transformationsprozess in Italien. Gerade dort, wo die eurokommunistische radikale Linke der entscheidende Gegenpol zu den »Systemparteien« war, fiel der (sozial-)demokratische Umbau am entschiedensten aus. Und ließ zugleich Raum für eine neue radical left, die allerdings programmatisch in der Spätphase des »kurzen 20. Jahrhunderts« (Hobsbawm 1995) hängen blieb und so schließlich doch noch zugrunde ging.

Deutschland hat in dieser Hinsicht einen besonderen Weg hinter sich – geprägt durch den Kalten Krieg und die Spaltung des Landes wie durch die Zeitenwende 1989/90: durch den antikommunistischen Grundkonsens der westdeutschen Gesellschaft und die teilweise Integration der radikalen Linken samt Sympathisanten des Eurokommunismus in die SPD Willy Brandts einerseits und das lange Scheitern von Staatssozialismus und Parteikommunismus in Ostdeutschland bei gleichzeitiger Bewahrung und späterer Renaissance der Wertestrukturen eines demokratischen Sozialismus andererseits.

Kristallisations- und Bezugspunkt dieser Entwicklungen in den 1990er Jahren war die PDS, mit der es möglich war, den Weg aus einer mehr oder weniger deutlichen Pro-DDR-Haltung und aus der SED in die neuen Verhältnisse im Wesentlichen »erhobenen Hauptes« zu gehen. Es war zwar auch ein Weg kritischer Distanz, auf dem die neuen Realitäten an Erfahrungen und Werten einer traditionellen Arbeitsgesellschaft, an egalitären und radikal-demokratischen Vorstellungen gemessen wurden. Aber in seinem Wesen

war er eine *Anpassungsleistung*. Die bestimmte die 1990er Jahre. Sozialistische Vorstellungen wurden intellektuell wie praktisch anschlussfähig an parlamentarische Demokratie, Pluralismus und Marktwirtschaft, und wo nötig: anschlussfähig gemacht.

In den 2000er Jahren ändert sich das; die Spaltung der SPD angesichts des sozialen Protestes gegen die Agenda 2010 – den Bruch des rheinischen Sozialstaats-Versprechens – prägte stark die politischen Verhältnisse links der Mitte. Große Teile der sozialkonservativ geprägten Sozialdemokratie, für die der westdeutsche Sozialstaat der 1970er Jahre das Nonplusultra linker Politik ist und die gesellschaftspolitisch über rein pekuniäre Umverteilungsphantasien nicht hinauskommen, sowie der mehr oder weniger integrierten westdeutschen radikalen Linken machten sich auf den Weg zur Eigenständigkeit – und folgten ihrer politischen Leitfigur Oskar Lafontaine. Sein politisches Talent und seine symbolische Strahlkraft hatten nicht nur maßgeblich dazu beigetragen, den traditionell sozialdemokratisch geprägten Milieus eine Perspektive zu geben, sondern auch die westdeutsche radikale Linke in einer jahrzehntelang – über 1989/90 hinaus – antikommunistisch geprägten Mehrheitsgesellschaft parteipolitisch zu binden. Zugleich stand Lafontaine stets auch in der Mitte der (westdeutschen Teil-)Gesellschaft und spielte mit dem Wunsch, sogar die im rechten Spektrum an sozialen Fragen Interessierten einzubinden. Er sprach darüber sehr offen z.B. auf Landesparteitag und setzte seine Absicht auch um – z.B. als er im Wahlkampf 2005 ausländische Arbeitnehmer als »Fremdarbeiter« denunzierte und zum Entsetzen fast aller in seiner neuen Partei in Ost und West wie der demokratischen Öffentlichkeit insgesamt behauptete, es würden deutsche »Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen« (Burger 2005). Sein Versuch, auf solchen Wegen den Prototyp des Radikal-Linken in Deutschland zu entwickeln, scheiterte letztlich an den vielfachen inneren Widersprüchen dieses Modells, seiner mangelnden Überzeugungskraft in Ostdeutschland und dem mangelhaften Zugang zu den perspektivisch relevanten Fragen einer modernen Gesellschaft.

Die neu formierte Partei drohte zu zerreißen. In der Katharsis jedoch erwuchs die Chance, den sozialkonservativen Furor mit der Anpassungsleistung Ost zu verbinden – und so den Platz der radical left in Deutschland zu finden. Diese LINKE konnte weder die alte PDS noch die WASG sein. Doch welche Konturen sie haben könnte, haben müsste, wurde nie deutlich.

4. Die »Systemfrage«

So lange die Kommunisten auch nach der Zeitenwende 1989/90 den Platz der radical left einnahmen, beharrten sie auf ihrer Radikalität in der »Systemfrage«, also dem Traum vom Sturz des Kapitalismus – verbunden mit teils überraschendem Pragmatismus in der Kommunalpolitik oder sogar in nationalen Regierungsbeteiligungen (wie in Frankreich oder Italien). Doch dieser Dualismus erwies sich als nicht tragfähig, er zerriss die Parteien und führte sie in die Bedeutungslosigkeit.

Für die PDS markierte das »strategische Dreieck« den Abschluss des Erkenntnisweges am Ende der 1990er Jahre: »Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck« (PDS 2004) – so war die Denkfigur im Beschluss des Potsdamer Bundesparteitages der PDS im Oktober 2004 beschrieben worden. Lothar Bisky, damals Bundesvorsitzender der PDS und danach der LINKEN, erklärte dazu später, »dass es dabei nicht um alternativ aus- bzw. abwählbare Ansatzpunkte demokratisch-sozialistischer Politik geht, sondern darum, ein Spannungsfeld produktiv auszufüllen«. Die »Reduzierung auf den einen oder anderen Lieblings-Eckpunkt« wies er klar zurück (Bisky 2005).

Zwar übernahmen PDS und WASG die Formel anfangs noch für ihre neue Partei, DIE LINKE. Bisky blieb auch Vorsitzender, doch die von ihm beschriebene Gefahr wurde letztlich nicht vermieden – der Hang einzelner Akteure, sich eben doch genau den Eckpunkt auszusuchen, der ihren persönlichen Neigungen am ehesten entsprach und sich dort gegen jene auszusprechen, die die anderen Eckpunkte mit eben solcher Ausschließlichkeit bezogen hatten, brachte die Partei mehrfach an den Rand des Auseinanderbrechens. Im Ergebnis schmälerte das die gesellschaftliche Verankerung der Partei, das Vertrauen in die Konsistenz, Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit linker Politik. Die von Katja Kipping und Bernd Riexinger verfolgte Linie der »verbindenden Partei« war der erste halbwegs gelingende Versuch, diese Polarisierungen zu überwinden, sich auf das tatsächliche und notwendige Spannungsfeld zu besinnen und es produktiv zu machen. Ein Durchbruch freilich blieb aus.

Für eine tendenziell zunehmende Radikalisierung der LINKEN mag sprechen, dass sich im letzten Jahrzehnt auch in Deutschland eine gewis-

se Sozialismus-Renaissance breit machte. Fast jeder Zweite weltweit (in Deutschland 45 %) gab 2018 in der Global Advisors Studie von Ipsos an, »sozialistische Werte (seien) heute von großer Bedeutung für den gesellschaftlichen Prozess« (Ipsos 2018). Namen wie Alexandra Ocasio-Cortez und Bernie Sanders in den USA, Jeremy Corbyn in Großbritannien oder vielleicht auch hierzulande anfangs Kevin Kühnert gaben dem Gesicht und Stimme. In das, was Leute wie sie in die politische Debatte einbrachten, mischten sich relevante Versatzstücke aus dem Traditionsgepäck linker Ideologie – insbesondere Enteignungs- und Reglementierungsvorstellungen.

Bei der deutschen LINKEN ging man noch einen Schritt weiter und identifizierte die Renaissance sozialistischer Werte mit einer klar antikapitalistischen Haltung. Noch nach der Wahlniederlage im Herbst 2021 gratulierte Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler dem neugewählten Vorstand des parteinahen Jugendverbandes solid und wünschte sich auf Twitter, »dass @lijusolid radikaler wird – so radikal wie die Wirklichkeit. Und für alle U35 die erste Adresse, die Kapitalismus abschaffen und eine Welt gewinnen wollen. [...] @dieLinke braucht euch.« Wie weit eine demokratische Linke eine solche Strömung braucht, mag man diskutieren. Doch unabhängig davon: Schon jetzt ist der Jugendverband – ungeachtet seiner durchaus vorhandenen und spürbaren inneren Pluralität – grundsätzlich eher eine Säule des radikalen Lagers in der Linkspartei. In seiner Selbstdarstellung macht der Verband klar: »Klasseneinteilung« und umfassende »Ausbeutung« seien »keine ›Fehler‹ im Kapitalismus, die man zugunsten einer gerechteren ›sozialen Marktwirtschaft‹ einfach abschaffen könnte, sondern die Grundlagen dieses Wirtschaftssystems«. Zudem sei »der Kapitalismus von Grund auf undemokratisch: Mit dem wirtschaftlichen Leben wird ein großer Teil unserer Lebensrealität persönlicher Willkür und abstrakten Marktgesetzen überlassen, anstatt demokratisch darüber zu bestimmen, wie wir was produzieren wollen.« Deswegen müsse »der Kapitalismus überwunden werden [...] – und zwar zugunsten einer sozialistischen Gesellschaft, in der Produktion und Verteilung demokratisch organisiert sind und die Mittel, mit denen wir produzieren, kein Privateigentum mehr sind. Dabei beziehen wir uns positiv auf die kommunistische Vision einer klassenlosen Gesellschaft und die Tradition des Marxismus.« (solid 2022)

Diese Tendenzen werden aus dem links-intellektuellen Milieu bestärkt; ihre kräftigste Stimme ist der Philosoph Slavoj Žižek. In seinem jüngsten Buch schreibt er: »Was wir heute brauchen, ist eine Linke, die ihren Namen

zu nennen wagt, keine Linke, die ihren Kern schamhaft mit einem kulturellen Feigenblatt verhüllt. Und dieser Name lautet Kommunismus.« Und an anderer Stelle, damit auch keine Missverständnisse aufkommen: »Man sollte deshalb auf dem Unterschied zwischen Klassenkampf und anderen Kämpfen (antirassistische, feministische etc.) bestehen [...]. Mit dem Klassenkampf aber geht keine Identitätspolitik zusammen: Die gegnerische Klasse muss zerstört werden.« (Žižek 2021)

Sicher, drei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus ist das Denken wieder freier: »In meiner Generation, der auch Kevin Kühnert angehört, ist es wieder möglich – und auch notwendig –, über eine Alternative zum Kapitalismus zu diskutieren. Falls man ein Sozialist ist, wenn man eine Gesellschaft jenseits unserer jetzigen Wirtschaftsweise für wünschenswert hält, dann bin ich wohl auch Sozialist.« (Zeit online 2019) – So lautete eine Stimme in einer Leserumfrage der ZEIT von 2019 zum Thema Sozialismus. Bei einer anderen heißt es: »Der Begriff gibt nicht viel her, da die damit verbundenen Assoziationen zu diffus, zu widersprüchlich und auch zu missverständlich sind. Ich möchte lieber über einen neuen *contrat social* nachdenken, einen Gesellschaftsvertrag, der gesellschaftliche Transformationen ermöglicht.« Kampfbegriffe wie der vom »kollektiven Besitz der Produktionsmittel« oder der Wertschöpfungstheorie sollten dabei vermieden werden (Zeit online 2019).

Die wirkliche Sozialismus-Renaissance ist bedächtiger, als es die parteipolitisch daran Interessierten und avantgardistische Intellektuelle wahrhaben wollen. Das Meinungsforschungsinstitut YouGov macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, »dass ›sozialistische‹ Politiker aus dem Ausland in Deutschland wohl als ›sozialdemokratisch‹ gelten würden. [...] Hier hat die Sozialdemokratie einen noch besseren Ruf als der Sozialismus.« Der Umfrage zufolge sind es 59 zu 45 Prozent (Schmidt 2016).

In den 1990er Jahren, die Erinnerung an den realen Sozialismus war in den Menschen noch wach, konnte die damalige PDS mit solchen Phänomenen besser umgehen. Die Gesellschaft, in der wir leben, hat mehr Eigenschaften als nur kapitalistisch zu sein, war damals Konsens der maßgeblichen politischen Kräfte. Noch 2010 ermahnte der führende programmatische Kopf dieser Phase, Dieter Klein, die Delegierten eines LINKEN-Parteitages: »Kurz, wir leben in einer modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die mit ihrem hohen Produktivitätsniveau, demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen, mit Prozessen der Individualisierung

trotz deren vielfacher Verkehrung in individualistische Ellenbogenkonkurrenz, mit internationaler Kooperation trotz ruinöser globaler Verdrängungskonkurrenz, mit der Öffnung zu anderen Kulturen, mit wunderbaren Möglichkeiten der modernen Medizin trotz der Zwei-Klassen-Tendenzen im Gesundheitswesen Entwicklungspotentiale, Evolutionsräume und Lebenschancen bietet.« (Klein 2010)

Was noch der PDS zu gelingen schien, hat DIE LINKE nicht vollendet: Die bewusste und willentliche Ankunft in dem, was Heinrich August Winkler das »zivilisatorische Projekt des Westens« (Winkler 2010) nennt. In der Tat haben doch die liberalen Gesellschaften ein dauerhaftes Gefüge entwickelt, das über das kapitalistische Wirtschaften hinaus den Westen als zivilisatorisches Projekt kennzeichnet – laut Winkler die Trennung von gesetzgebender, vollziehender und rechtsprechender Gewalt, die unveräußerlichen Menschenrechte, die Herrschaft des Rechts und die repräsentative Demokratie.

Für Max Weber war zudem die Herausbildung eines »rationalen Sozialismus« eine der typisch westlichen, nur hier vorfindbaren Kulturerscheinungen. Das verband sich für ihn nicht nur mit anderen spezifisch westlichen Merkmalen, sondern vor allem mit dem gemeinsamen Nenner einer praktisch-rationalen, v.a. wirtschaftlich rationalen Lebensführung (Weber 1988, Bd. 1, S. 1-16).

Winkler verweist in seiner Darstellung der Geschichte des Westens immer wieder auf den »Widerspruch zwischen dem normativen Projekt und der politischen Praxis« (Winkler 2010). Beachtenswert ist aber die offenkundige Fähigkeit dieses westlichen Projekts, sich entlang seiner immanenten Widersprüche weiterzuentwickeln – eine Fähigkeit, auf die es jetzt gerade besonders ankommt. Wir leben in einer ernsten, historisch offenen Situation, in der sich die Potenz des westlichen Modells, eigene Defizite zu überwinden und neue Handlungsräume zu eröffnen, erst wieder erweisen muss: die technologische Revolution mit einer exponentiellen Zunahme von Innovationen in allen Lebensbereichen und der Klimawandel sind der politischen Gestaltung weit vorausgeeilt, und der Nachholbedarf muss dringend erfüllt werden. Der Umbruch erfasst nicht nur das Erwerbsleben, sondern die gesamte Lebensweise. Und er ist auch mit Entwertungen verbunden – von Bildung, Qualifikation bis hin zu Fragen der individuellen Mobilität und anderen vertrauten, auch neben Automobilen anderen teuren Gerätschaften und Gewohnheiten.

Soll sich das zivilisatorische Projekt des Westens auch entlang dieser Herausforderungen weiterentwickeln, so braucht es dafür Akteure und Ideen, in Politik und Gesellschaft, in Wirtschaft und Kultur. Sozialistische Politik im Sinne eines »rationalen Sozialismus« könnte hier auf die Idee des strategischen Dreiecks zurückgreifen: Sie könnte Lösungen suchen und anbieten, die über den Tag hinausweisen. Sie könnte sich auch damit zum Teil einer gesellschaftlichen Bewegung machen, die nicht allein gegen bestehende Missstände und Defizite protestiert, sondern zugleich für neue, angemessene Lösungen kämpft und Wege sucht, dies in den aktuellen politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess einzuführen.

Eine Politik jedoch, die der komplexen, in Fluss geratenen modernen Welt gegenübertritt, indem sie sich auf Antikapitalismus fokussiert, läuft dabei ins Leere. Die Idee einer bloßen Umkehr der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse ist lediglich Ausdruck einer Flucht aus dem demokratischen Wettbewerb um die angemessene Gestaltung einer modernen Gesellschaft, die mehr als nur kapitalistisch ist. Und sie führt, das hat die Geschichte gezeigt und zeigt sich immer wieder, gerade nicht in ein nachhaltiges und gerechtes Wirtschaften und Leben. Gezeigt hat sich, dass sich nach Abschaffung der Märkte zwar deren Versorgungs-, Koordinations- und Verteilungsfunktion kommandowirtschaftlich eine Zeit lang irgendwie organisieren lässt – zugleich versagte dieses Modell aber bei der Preisbildungsfunktion. Zudem fehlten strukturelle ökonomische Anreize für Innovationen sowie Grundlagen für eine hinreichende Kapitalkraft für Innovationen. Fundamentale Kritik der repräsentativen Demokratie und euphorischer Lobgesang auf die direkte Demokratie sind noch keine Antworten auf die Frage, wie eine pluralistische Gesellschaft erhalten, wie die individuellen Freiheitsrechte im gesellschaftlichen Wandel gesichert werden können. Und genauso wenig, wie die Funktionalität der Gesellschaft gewährleistet werden kann, wie Interessenvertretung und Interessenausgleich zustande kommen. Wie eine effektive und zuverlässige Administration gestaltet, wie deren Beitrag zu Stabilität und Wandlungsfähigkeit der Gesellschaft erreicht werden kann. Schließlich versperrt selbstgewisser Antikapitalismus die Antwort auf die Frage, was den digitalen Kapitalismus von den Formen des Kapitalismus unterscheidet, die bereits bekannt und analysiert sind. Wie sich der Eigentumsbegriff wandelt, welche Bedeutung immaterielle Güter und Leistungen haben, was aus der Auflösung klassischer Produktionsbeziehungen und der Verkürzung von Innovations- und Produk-

tionszyklen folgt? Und welche Schlussfolgerungen sich daraus für moderne Politik ziehen lassen – egal, unter welchem Label. Sozialismus *in* liberalen Gesellschaften – das könnte ein sympathisches Motto sein.

Offen bleibt jedoch die Frage, wie solche Diskurse in der Partei angestoßen und wo sie geführt werden können. Von der Parteiführung kommen, wenn überhaupt, nur äußerst zaghafte Impulse – zudem noch auf der Symbolebene von Pro oder Contra »Regieren« verharrend. Foren für ernsthafte Debatten gibt es faktisch nicht – weil es schlichtweg zu viele zu kleine und voneinander abgeschottete Foren gibt. Das seit 1989/90 ökonomisch kränkelnde und mittlerweile von einer Genossenschaft als »nd.DerTag« und »nd.DieWoche« betriebene ehemalige SED-Zentralorgan »Neues Deutschland« hat kaum noch Reichweite über Berlin und seinen Speckgürtel hinaus, die publizistisch angesehene Wochenzeitung »der Freitag« verzeichnet zwar respektabel wachsende Auflagenzahlen, deckt aber in ihrer Mobilisierungskraft das linke Spektrum nicht hinreichend ab. Entscheidungen wie die zeitweilige Bestellung von Jürgen Todenhöfer zum Herausgeber wirken blockierend nach. Im Hamburger VSA-Verlag erscheinen zwar für Linke anregende und diskutable Bücher, das zum Verlag gehörende Magazin »Sozialismus« hingegen dringt ebenfalls nicht weit genug in das linke Spektrum vor. Für eine weitere Anzahl kleinerer Zeitschriften bzw. Online-Portale gilt das erst recht: »Z« etwa oder »jacobin.de«. Die Mitglieder-Zeitschrift »Disput« wurde eingestellt – ebenso Publikationen der Landesverbände, zumeist aus Kostengründen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat ein umfassendes Angebot an Publikationen und Veranstaltungen – aber sie teilt das Schicksal aller parteinahen Stiftungen: sie steht der LINKEN und der Politik nur nahe, ist nicht ihr Teil. Alle Foren sind im Netz irgendwie aktiv, aber der breite Durchbruch ist bislang nirgendwo gelungen.

5. Deutschlands prominenteste Linke und die LINKE

Wie weit DIE LINKE auch nur von der Befassung mit drängenden gesellschaftspolitischen Fragen entfernt ist, zeigt der an der Oberfläche tobende und die meiste Aufmerksamkeit generierende Streit zwischen der zeitweiligen Bundestagsfraktions-Vorsitzenden Sahra Wagenknecht und dem Rest der Partei. So, wie er inszeniert ist, geht es dabei um den Konflikt zwischen

Klassen- und Identitätspolitik, um soziale vs. kulturelle Fragen, um die »Vernachlässigung der Arbeiter« zugunsten der »urbanen Milieus«.

Doch das ist letztlich nicht mehr als die Bühne, die Sahra Wagenknecht gewählt hat. Sahra Wagenknecht – das ist vor allem eine politische Unternehmerin in eigenem Interesse. Schon in ihrer kommunistischen Phase in den 1990er Jahren gewann sie den Kampf um Aufmerksamkeit durch Provokationen gegen die eigene Partei. Dann kam die Phase der großen Makro-Ökonomin – auch hier direkt in Auseinandersetzungen mit der LINKEN (z.B. in der Griechenland-Rettungspolitik), aber auch indirekt durch die Abkehr von eigenen, zuvor vertretenen linken Auffassungen. Und nun erleben wir sie als die große unabhängige Intellektuelle und Buchautorin mit populistischen Neigungen, die sich von der gesellschaftlichen Linken wie von der Partei DIE LINKE absetzt. Was sie nicht ist (oder als was sie sich bisher zumindest nicht erwiesen hat), das ist eine politische Führungspersönlichkeit. Das war sie nicht in der Kommunistischen Plattform, das war sie nicht gegenüber der Bundestagsfraktion, nicht gegenüber ihrem ehrgeizigen Projekt der Bewegung »Aufstehen!« oder schon gar nicht gegenüber der eigenen Partei. Wo sie wächst, das ist im Konflikt mit der Partei, auf einsamem Posten, im Flirt mit Dritten über die Partei hinweg.

Wagenknecht hat sich in ihrer derzeitigen, der intellektuell verbrämten populistischen Phase verschiedener aktuell-politischer Topoi bedient – von der Flüchtlings- bis zur Gender- und Coronapolitik. Die empirische Basis dafür – sieht man von einem ausgeprägten Gespür für Strittiges im Zeitgeist und für Auseinandersetzungen um die Liberalen in den USA ab – ist eher bescheiden. DIE LINKE – die parteipolitisch organisierte wie die gesellschaftliche – hätte sich von den Arbeitern, ihrer eigentlichen sozialen Basis, abgewandt und zu einem relevanten Teil in »progressive Neoliberale« verwandelt. Diese Leute, bei denen das »Neoliberale« Kern und Leitmotiv ist, würden sich nur »progressiv« gebärden und sich zu diesem Zwecke in abgehobenen, sozial wirkungslosen »identitätspolitischen« Eifer hineinsteigern – so ihre Hauptargumentationslinie gerade in ihrem jüngsten Bestseller (Wagenknecht 2021).

»Arbeiter« – das sind in diesem Kontext vor allem jene, die sich bei Wahltags-Befragungen selbst als solche einordnen. Soziologisch belastbar oder gar interpretierbar ist das freilich nicht. Aber es reicht aus, den »Rest der Partei« in die Defensive zu treiben. Man müsse doch jede Wählerstimme begrüßen und sich der Breite der Gesellschaft zuwenden, sagen die einen. So

schlimm sind wir doch gar nicht, sagen die anderen und basteln am Klassenbegriff herum. Eine »verbindende Klassenpolitik« propagierte der langjährige Parteivorsitzende Bernd Riexinger und wies darauf hin, dass letztlich alle abhängig Beschäftigten gleich welchen Status Adressaten linker Politik seien (Riexinger 2018).

Diese letztlich defensive Haltung aber, die die »anderen« gegenüber den öffentlich wirksamen Attacken von Wagenknecht einnehmen, reicht nicht aus, ihnen ein eigenständiges, wirksames programmatisches und strategisches Profil zu geben. Zumal diese »anderen«, böse gesagt: der »Rest der Partei«, in sich wiederum viel zu heterogen sind, als dass daraus eine substantielle politische Alternative innerparteilich, ein substantielles politisches Angebot einer radical left an die Gesellschaft entstehen könnte.

Der Antrag aus dem linken Flügel, Sahra Wagenknecht aus der Partei auszuschließen, ersetzt es nicht. Hilflos, ohne wirklichen inneren Kompass, treibt die Partei durch die Gesellschaft und beißt sich an Entscheidungen und Debatten fest, wo sie meint, sich als die besseren Sozialdemokraten, als die besseren Grünen, manchmal sogar als die besseren Liberalen darstellen zu können. Das führt zu einer Kurzatmigkeit mit schwacher, schnell verpuffender Resonanz; belastbare und überzeugende Bezüge zu den laufenden Umbrüchen in Wirtschaft und Kultur, zur Dynamik der sozial-ökologischen Transformation sind nicht zu erkennen. Verunsichert greift man auf das zehn Jahre alte Erfurter Grundsatz-Programm zurück, das den Abschluss der Parteineubildung aus PDS und WASG darstellte. Und auf dieser Basis besteht dann blind machende Gewissheit: Man habe doch alle Antworten, versichert man sich gegenseitig, gerade in der jeweils aktuellen Situation seien die doch genau die richtigen und die Menschen müssten sie nur annehmen. Komisch nur, dass das nicht klappen will.

6. DIE LINKE und ihre Suche nach denen, die sie brauchen

Mit Blick auf Parteien in der Krise ist es leicht behauptet, sie würden gebraucht. Von wem? »Es gibt keinen Automatismus, in dem sich Subjekte für gesellschaftliche Veränderungen formieren. Das Werk des Fortschritts vollzieht sich subtiler«, schrieb der Soziologe Dietmar Wittich schon 1994 der PDS ins Stammbuch (zit.n. Falkner 2021, S. 88). Gleichwohl können sich Veränderungen in der Sozialstruktur vollziehen, aus denen sich neue

politische Vertretungsbedarfe ergeben. Wittich, der der PDS und anfangs auch der LINKEN lange als Soziologe, Parteien- und Wahlforscher zur Seite stand, hatte bereits zur Jahrtausendwende auf eine solche Entwicklung aufmerksam gemacht: die Herausbildung der von ihm sogenannten Informationsarbeiter, zunächst noch einer »Nicht-Klasse an sich«. »Es sind diejenigen, die die Informations- und Kommunikationstechnologien herstellen und programmieren, ihren Betrieb gewährleisten, sowie diejenigen, die sie produktiv nutzen. Sie sind in allen Bereichen zentral: in Produktion, Distribution, Zirkulation und Dienstleistungen, sie arbeiten in Kraftwerken, in militärischen Stäben, in Banken, im Fernsehen, in den Wissenschaften, in Redaktionen und Verlagen, in der Unterhaltungsindustrie [...] usw. Dieses Personal ist als solches heute nicht neu. Neu sind a) die Massenhaftigkeit, b) seine breite Verteilung in eigentlich allen Bereichen [!] der Gesellschaft und c) damit verbundene Formwandlungen zuvor anders gestalteter Arbeitsfelder.« (Zit.n. Falkner 2021, S. 92) Als Gruppe seien die Informationsarbeiter allerdings »zerrissen und zerklüftet, positioniert in den Mittelschichten [...], aber auch im unteren Drittel der Gesellschaft (vor allem in Ostdeutschland)«. Daher hätten sie sich »als Gruppe bisher nicht an der Austragung der Konflikte in der Gesellschaft beteiligt« (zit.n. Falkner 2021, S. 93).

Das war der Stand vor 20 Jahren. Viel geändert hat sich seither nicht, sieht man ab vom zwischenzeitlichen Aufkommen der schon bald wieder gescheiterten Piraten. Was DIE LINKE bzw. deren Vorgängerpartei, die PDS anbelangt, so waren die Informationsarbeiter in deren Wählerschaft bereits Anfang der 2000er Jahre erkennbar und nachweisbar. Leider ist diese Entdeckung seither weder politisch noch analytisch weiterverfolgt worden – so weit übersehbar, auch bei anderen Parteien nicht. Vorerst verbirgt sich das Phänomen in den bei der Linkspartei so umstrittenen urbanen Milieus und zu einem Teil bei befristet Beschäftigten, Soloselbstständigen und Solopreneurs – bei Erwerbsmodellen, die angesichts des technologischen Wandels und zunehmenden Bedarfs an Innovationen an der Basis an Bedeutung gewinnen werden. In der Corona-Krise kam in der LINKEN sehr wohl die Erkenntnis auf, dass diese Gruppe Rückenstärkung im politischen Raum brauchte – ebenso wie die plötzlich als systemrelevant erkannten Beschäftigten in Medizin, im Pflegebereich, im Handel.

Es ist jedoch nicht gelungen, all die Erkenntnisse, Erfahrungen und Aktivitäten zu einem schlüssigen politischen Narrativ zusammenzubinden. Man rettet sich, so die Einschätzung von Horst Dietzel, langjähriger Beobachter

und strategischer Berater der Partei, in »uferlose Forderungsprogramme«. Denn: »Zum einen sollen sich möglichst alle Teile und Richtungen der Partei im Wahlprogramm wiederfinden. Zum anderen versteht man sich als Oppositionspartei. Konsequente Umverteilung ist ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal der LINKEN. Es begrenzt aber zugleich ihre Gestaltungsmöglichkeiten. Für eine gesellschaftliche Zukunftsperspektive braucht es mehr.« (Dietzel 2021)

Eine parteiinterne Auseinandersetzung mit dem Wahl-Desaster hat lange auf sich warten lassen; die Partei schien in Schockstarre. Zur Jahreswende 2021/22 setzte dann zaghafte Bewegung ein – in den bewährten Mustern von persönlichen Fingerhakeleien und Schuldzuweisungen einerseits und ideologischen Stellungnahmen andererseits. Anders als sonst jedoch machten diesmal der Abschiedsbrief des DDR-Ministerpräsidenten der Wende-Monate von 1989/90 und Vorsitzender des Ältestenrates der Partei, Hans Modrow, und die Austrittserklärung seiner Wirtschaftsministerin und späteren Bundestagsabgeordneten Christa Luft die besondere Dramatik der Lage deutlich. Erste Versuche begannen, unter den Gesichtern der Partei zumindest die Reihen zu schließen und sich auf Konturen einer gemeinsamen programmatisch-strategischen Perspektive zu verständigen. Die Ko-Vorsitzende Susanne Hennig-Wellsow trat mit einem Positionspapier an die Öffentlichkeit, in dem sie eingesteht, dass der Ukraine-Krieg täglich neue Fragen gebiert, »die an unseren politischen Selbstverständnissen als einzelne mit ihren unterschiedlichen Biografien rütteln. Fragen, die uns bedrücken, die jeder und jedem von uns ein Stück weit den Boden unter den Füßen weggezogen haben.« Sie benennt viele von diesen Fragen auf klare Weise und will damit »Aktualisierungen linker Positionen vor dem Hintergrund eines tiefen Bruchs« und ein »gemeinsames Verständnis davon, wie das, was gerade passiert, sich in linken Positionen künftig widerspiegelt« erreichen (Hennig-Wellsow 2022). Erschienen ist dieses Papier allerdings nicht als Wegweiser seitens der politischen Führung auf der Homepage der Bundespartei, sondern eher versteckt auf der zeitweise verwaisten Seite der früheren thüringischen Landtagsabgeordneten Hennig-Wellsow. Unabhängig vom Statement der Ko-Vorsitzenden meldete sich etwas später eine neu gebildete »Initiative Solidarische Linke« zu Wort, die die Partei »in einem tiefen programmatischen Streit« sieht und ihrerseits »von den globalen Herausforderungen und Widersprüchen ausgehend das [aktuell gültige] Erfurter Programm weiterentwickeln und zugleich seine Grundwerte wahren«

will (Initiative Solidarische Linke 2022). Man möchte eine Debatte, die zur Grundlage einer Erneuerung und Öffnung der Partei hin zur Gesellschaft werden soll. Erstunterzeichner des Papiers, das im Wesentlichen von Bekenntnissen und Beteuerungen, weniger von politischen Schritten lebt, sind 130 teils prominente Persönlichkeiten aus allen Lebensbereichen der Partei.

Trotz dieser Zeichen von Bewegung verfestigte sich 2022 bei vielen Aktiven der Eindruck, die Partei habe zumindest die Landtagswahlen dieses Jahres bereits verloren gegeben. Andererseits machte sich der Druck der Europa-Wahlen 2024 bereits bemerkbar und veranlasste führende Europa-Politiker der LINKEN zu ersten wahlstrategischen Vorarbeiten, um sich der kritischen Lage zu stellen und eine Neuaufstellung zu ermöglichen.

Hoffnungen richten sich dabei nicht auf die Bundestagsfraktion, sondern auf den im Februar 2021 neu gewählten Parteivorstand, der zu rund zwei Dritteln aus neuen Mitgliedern besteht und in dem viele alte Kämpen der früheren Strömungskämpfe nicht mehr vertreten sind. Durchgesetzt hatte sich auf dem Parteitag ein relativ neuer parteiinterner Zusammenschluss: die »Bewegungslinke«. Sie will »keine klassische Parteiströmung« sein, sie will keine »innerparteiliche Selbstbeschäftigung«, sie will »weg von der Dominanz der Parlamentsarbeit, hin zur organisierenden, bildenden und verbindenden Partei« (Bewegungslinke 2022). Diese Tonalität traf offensichtlich den Nerv der Delegierten.

Noch hat sich freilich nicht erwiesen, ob bestimmte Ambivalenzen im Selbstverständnis der Gruppierung mehr sind als die letztlich toten und blockierenden Formelkompromisse der Gesamtpartei – wie hier beispielsweise beim Staatsverständnis: »Staat und Parlament sind kein Fahrrad, auf das man sich einfach setzen und in beliebiger Richtung losradeln kann. Der Staat sichert die Eigentumsverhältnisse durch Gewalt und Konsens. *Gleichzeitig beinhaltet er historische Errungenschaften.* Er ist Kräfteverhältnis und Kampffeld zugleich. Die Aussicht auf linkes Regieren kann für uns nur als rebellisches Aufbegehren gegenüber dem Kapital, dem bürgerlichen Staatsapparat und den Medien gedacht werden.« (Bewegungslinke 2021)

Die Orientierung auf »Basisbewegungen [... als] Herzkammern von Veränderung« (Bewegungslinke 2022) mag frisch wirken, klingt jedoch aber auch etwas wie das Pfeifen im Walde. »Insgesamt ist der Rückhalt der Partei beängstigend geschrumpft. [...] der Abstieg in die Liga der Kleinstparteien rückt bedrohlich nahe.« (Kahrs 2021) Seit der Europa-Wahl 2019 verliert die LINKE signifikant in allen sozialen und in allen Altersgruppen – und das

in alle politischen Richtungen. Zwar lag 2021 bei denjenigen unter 30 Jahren ihr Stimmenanteil doppelt so hoch wie im Durchschnitt, ermittelte die Forschungsgruppe Wahlen, doch auch hier hatte sie drei Prozentpunkte verloren. Und diese Altersgruppe macht nur 14,7 Prozent aller Wahlberechtigten aus (vgl. Kahrs 2021). Ob hier also bereits die kritische Masse vorhanden oder zumindest zügig erreichbar ist, aus der die Energie für einen Neuaufbruch erwächst, ist zweifelhaft – auch wenn die Mitgliederentwicklung gerade in den jüngeren Jahrgängen positiv verläuft. Aber, so gibt Moritz Gailus zu bedenken: »Die gegensätzliche Bewegung des Zuwachses an jungen Mitgliedern bei gleichzeitig schlechterem Wahlergebnis in der Breite der Altersgruppe deutet auf ein zunehmendes Ungleichgewicht hin: die Linkspartei organisiert politisch-aktive Jugendliche, verliert jedoch den Kontakt zu jungen Menschen, deren Engagement sich auf den Wahlakt beschränkt – von tendenziellen Nichtwählerinnen und -wählern ganz zu schweigen. [... So] muss sich die Linkspartei fragen: In welchem Maß sind junge Funktions-trägerinnen und -träger überhaupt mit den vielfältigen Lebensrealitäten Gleichaltriger, geschweige denn Älterer, vertraut?« (Gailus 2022).

Das gilt auch für das Bemühen, die Verbindung zur Avantgarde der jungen Generation, zu Fridays for Future, zu halten. In ihrem verbalen Bemühen, grüner als die Grünen zu sein, findet sie dort auch Zuspruch. Gespräche auf der Ebene von LINKEN-Parlamentsfraktionen und -Regierungsmitgliedern zeigten jedoch die Gräben auf, die zwischen beiden Seiten angesichts des ausgeprägten »Sofortismus« von Fridays for Future bestehen. Die Vorstellung, angesichts der massiven weltweiten Aktionen hätten alle Hebel in Sachen Kohle-Ausstieg, CO₂-Reduktion, Energiewende etc. unverzüglich umgelegt werden müssen und können, bricht sich naturgemäß an den komplexen Realitäten und Bedürfnissen des Gemeinwesens. Auf der anderen Seite ist der Schulterschluss zwischen denen, die in der Linkspartei vor allem antikapitalistisch unterwegs sind, und den ähnlich denkenden Teilen von Fridays for Future und natürlich den Ausläufern der jugendlichen Öko-Bewegung, Kräften wie »Extinction Rebellion« etwa oder »Ende Gelände«, wesentlich leichter zu finden. Die Ambivalenzen dieser Beziehungen lösen sich auch für die Bewegungslinke nicht im Galopp auf.

Schließlich bleibt abzuwarten, was aus dem Wunsch der Bewegungslinken wird, man wolle »Laboratorien schaffen, in denen Theorie und Erfahrungen sozialer Kämpfe und Bewegungen zusammenkommen. Wir wollen Lernprozesse ermöglichen und eine Strategie entwickeln.« (Bewegungslinke

2022) Eine tragfähige politische Strategie ergibt sich nicht daraus, einfach aufzusammeln, was den Menschen am Herzen liegt und was sie erfahren haben. Politik bedeutet, Entscheidungen über die Bewegung einer immer komplexer werdenden Gesellschaft herbeizuführen, zu fällen und durchzusetzen. Dafür braucht es ein solides demokratisches Fundament und eine demokratisch legitimierte politische Klasse, eine Professionalisierung auch der demokratischen Politik. Was von unten ausgeht, muss in den Strukturen und Institutionen solide in Recht und in Haushalt überführt und umgesetzt werden. Das ist mehr als Feierabendarbeit und Passion engagierter Laien.

6. Fazit

Eine letzte Gewissheit über das Schicksal der LINKEN kann es derzeit nicht geben – auch wenn vieles dafür spricht, dass die Partei weiter an Gewicht verlieren und kaum die Kraft haben wird, sich aus dem Abwärtssog zu befreien. Das Schicksal der parteipolitischen LINKEN (jenseits der SPD) in Deutschland hing aber seit 1989/90 nie allein von deren eigenen Willensbekundungen oder deren interner Reife ab; ihr Erfolg wurde an entscheidenden Stellen von historischen Koinzidenzen beeinflusst:

In den 1990er Jahren wollte die PDS eine gesamtdeutsche LINKE, keine Ost-Partei, sein – und doch wurde ihr in der politischen Realität genau diese Rolle zugewiesen, durch Wählerschaft wie konkurrierende Akteure. Und gerade das machte ihren damaligen Erfolg aus.

In den 2000er Jahren wiederum hätte es die PDS möglicherweise aus eigener Kraft wieder in den Bundestag schaffen können. Bei der Europawahl 2004 hatte sie immerhin 6,1 Prozent erzielt und war in Ostdeutschland zweitstärkste Kraft geworden. Katalysator waren die massiven Proteste gegen die Hartz-Reformen. Diese waren im Osten besonders energisch und trafen dort auf eine bestehende Partei mit Erfahrung, Struktur und professionellem Personal – im Unterschied zum Westen, wo die noch schwachen SPD-Abspaltungen erst ihren Weg suchen mussten.

Zu bedenken ist ferner: Auf dem Weg der Geschichte gibt es auch in modernen Gesellschaften immer wieder Momente überschießender Utopie, Suche nach Transzendenz, Sehnsucht nach dem neuen Jerusalem, nach einem neuen Himmel und nach einer neuen Erde. Und neues Streben danach, sich dafür der Mittel irdischer Instrumente zu bedienen. Zu den früheren

schicksalhaften Fügungen zugunsten der Linkspartei standen für sie allerdings immer auch charismatische, weil über ihr Klientel hinauswirkende Figuren auf der Bühne: Zunächst Gregor Gysi, später trat Oskar Lafontaine an seine Seite. Derzeit allerdings ist eine Figur dieses Formats nicht sichtbar.

Eröffnet nun möglicherweise die Ampel-Koalition der kränkelnden Linkspartei erneut einen politischen Raum unabhängig von deren innerem Zustand? In Umbruchzeiten wie heutzutage geht es nicht mehr um die behagliche Radikalität von Fragestellung und Analyse, von Zukunftsvision und Rückzug in die Welt einer fundamentalen Alternative. Was gebraucht wird, ist die Radikalität praktisch verfolgbarer Lösungsansätze für gesellschaftliche Probleme, so wie sie praktisch, wie sie im Alltag stehen. Es geht darum, das solide und offene institutionelle Grundgefüge der modernen westlichen Gesellschaft fit zu machen für die sich wandelnden Interessen und Bedarfe der Menschen – um die Bewahrung und Erneuerung von Sozialstaat und Rechtsstaat, von liberaler und pluralistischer Demokratie, von Gewaltenteilung, von bürgerlichen Freiheitsrechten und die sozialen Menschenrechten, von partnerschaftlicher, diversifizierter Marktwirtschaft und eines auf Rationalität beruhenden Zusammenlebens. Hier lägen Chance und Herausforderung für die LINKE, für eine radical left.

So aber, wie die Partei aufgestellt ist, steckt sie in einer Sackgasse. Sicher: immer wieder gibt es nicht nur Vorstöße, sich den Fragen der Zeit zu stellen, sondern auch Vorschläge für Antworten. In der Führung kennt man das und weiß man, dass man daraus etwas machen sollte. An der Basis trifft man auf Aufgeschlossenheit. Die noch vorhandene (potenzielle) Wählerschaft erwartet endlich Offenheit in diesen Dingen und beklagt die Altbackenheit und Weltfremdheit der Partei. Doch das alles findet nicht zusammen. Statt politische Antworten zu geben, treibt die Partei Stück für Stück aus dem Spielfeld der modernen Gesellschaft heraus.

Literatur

- Bewegungslinke (2022). Selbstverständnis <https://bewegungslinke.org/5-2/selbstverstaendnis/> (letzter Aufruf 23. März 2022)
- Bisky, Lothar (2005). Brief an die Mitglieder der PDS vom 21. April 2005 zur Präsentation des von ihm in Auftrag gegebenen Strategie-Papiers »Umbruch! Zusammenbruch? Aufbruch«. (Privatarchiv Thomas Falkner)

- Burger, Reiner (2005). Lafontaine und der rechte Rand. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Juni 2005
- Dietzel, Horst (2021). DIE LINKE nach dem Parteitag, Berlin 3. März 2021 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Dürr, Tobias (2018). Debatte SPD: Viele Funktionäre sind zu alt. In: taz, 20. August 2008
- Falkner, Thomas (Hg.) (2021). Dietmar Wittich. Gesellschaft begreifen. Soziologie, Klassentheorie, Parteienforschung 1989-2018, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Gailus, Moritz (2022). Die Linke und die jungen Leute. In: der Freitag online, ohne Datum <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-linke-und-die-jungen-leute> (letzter Aufruf 23. März 2022)
- Hennig-Wellsow, Susanne (2022). Wir müssen reden, 3. März 2022 <https://www.susannehennig.de/nc/aktuell/detail/news/wir-muessen-reden/> (letzter Aufruf 20. März 2022)
- Hobsbawm, Eric (1995). Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien: Carl Hanser
- Hoff, Benjamin und Steffen Twardowski (2005). Schwarz-gelb und rot-grün verlieren die Wahl – Sieg der Linkspartei.PDS. Ergebnisse der Bundestagswahl vom 18. September 2005. Online-Publikation ohne Datum https://nds.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Ergebnisse_BT-Wahl2005.pdf (letzter Aufruf 23. März 2022)
- Ipsos (2018). Jeder Zweite weltweit hält sozialistische Ideale für wertvoll. Global Advisors Studie. Online-Publikation 1. Mai 2018 <https://www.ipsos.com/de-de/jeder-zweite-weltweit-halt-sozialistische-ideale-fur-wertvoll> (letzter Aufruf 11. Januar 2022)
- Kahrs, Horst (2021). Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Wahl Nachtbericht, erste Deutungen und Hintergründe des Wahlverhaltens, Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/wahlanalysen/WNB-BTW21.pdf (letzter Aufruf 23. März 2022)
- Kahrs, Horst und Thomas Falkner (2020). Corona als Richtungsimpuls: Demokratische Resilienz – Resiliente Demokratie, Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung
- Kipping, Katja und Bernd Riexinger (2016). Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie! Vorschläge für eine offensive Strategie der LINKEN. Online-Publikation 24. April 2016 <https://www.die-linke.de/start/>

- nachrichten/detail/revolution-fuer-soziale-gerechtigkeit-und-demokratie/ (letzter Aufruf 23. März 2022)
- Klein, Dieter (2010). Die Welt, in der wir leben. Beitrag auf der Rostocker Regionalkonferenz zum Programmmentwurf der LINKEN, September 2010. Standpunkte 33/2010, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_33-2010_web.pdf (letzter Aufruf 23. März 2022)
- Lafontaine, Oskar (2022). Abschiedsrede im saarländischen Landtag. Oskar Lafontaine DIE LINKE TOP1, 64. Landtagssitzung, 16. WP 16. März 2022
- Pätzolt, Harald (2015). Linke Parteien in Koalitionsregierungen – Die deutsche Erfahrung. Ein Beitrag zur europäischen vergleichenden Parteienforschung. Manuskripte/Neue Folge 15, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung
- PDS (2004). Für eine starke PDS: Sozial, mit aller Kraft! Als sozialistische Partei 2006 in den deutschen Bundestag. Beschluss des 9. Parteitags/1. Tagung – 30. und 31. Oktober 2004 in Potsdam
- Riexinger, Bernd (2018). Neue Klassenpolitik. Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen, Hamburg: VSA Verlag
- Schindler, Jörg und Tobias Schulze (2016). Eine Perspektive für die neue Unübersichtlichkeit. In: nd-aktuell, 21. März 2016 <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1005927.eine-perspektive-fuer-die-neue-unuebersichtlichkeit.html> (letzter Aufruf 23. März 2022)
- Schmidt, Matthias (2016). Der Sozialismus hat einen besseren Ruf als der Kapitalismus. Online-Publikation, 24. Februar 2016 <https://yougov.de/news/2016/02/24/der-sozialismus-hat-deutschland-einen-besseren-ruf/> (letzter Aufruf 23. März 2022)
- solid (2022). Positionen – Antikapitalismus & Sozialismus. Online-Publikation ohne Datum <https://www.linksjugend-solid.de/inhalte/> (letzter Aufruf 23. März 2022)
- Wagenknecht, Sahra (2021). Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt, Frankfurt/New York: Campus Verlag
- Wawzyniak, Halina und Udo Wolf (2020). In der Pandemie nichts Neues. Oder: Aus dem Frühling für den Winter nicht genug gelernt. Rosa-Luxemburg-Stiftung Online-Publikation, Dezember 2020 <https://www.rosalux.de/publikation/id/43536/in-der-pandemie-nichts-neues> (letzter Aufruf 23. März 2022)

- Weber, Max (1988). *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*. 3 Bde. (1920), Tübingen: UTB
- Winkler, Heinrich August (2010). *Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert*. Band 1, München: C.H. Beck
- Zeit online (2019). Leserumfrage: »Dann bin ich wohl auch Sozialist«. In: Zeit online, 3. Mai 2019 <https://www.zeit.de/politik/2019-05/leserumfrage-sozialismus-enteignung-kevin-kuehnert-spd-auswertung> (letzter Aufruf 23. März 2022)
- Žižek, Slavoj (2021). *Ein Linker wagt sich aus der Deckung: Für einen neuen Kommunismus*, Berlin: Ullstein. E-Book <https://bit.ly/36Fbd5h> (letzter Aufruf 23. März 2022)

